



Globale Weichenstellungen für eine dekarbonisierte Wirtschaft

Ausstieg aus der Kohleverstromung. Beschlüsse des G-7-Treffens zu Klimawandel, Energie, Umwelt

von Helmut Krodel und Peter Schmitt

Anfang Juni 2015 fand in Schloss Elmau in Deutschland das Treffen der Staats- und Regierungschefs der „G-7-Staaten (Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, die USA und Kanada) statt.

Während des Treffens wurde eine große Bandbreite weltpolitischer Themen und struktureller Fragen über die zukünftige Entwicklung bearbeitet.

Zur Vorbereitung der Weltklimakonferenz im Dezember in Paris wurden auch Beschlüsse zum Klimawandel gefasst, die in der Abschlusserklärung des G-7-Treffens ([download](#)) veröffentlicht wurden. Konkret wurde u. a. formuliert, dass bis Ende dieses Jahrhunderts (in den ersten Textentwürfen für die Abschlusserklärung wurde bis Mitte des Jahrhunderts formuliert) eine „Dekarbonisierung der Weltwirtschaft“ stattgefunden haben muss, um den Anstieg der weltweiten Durchschnittstemperatur unter 2° Celsius zu halten. Eine Dekarbonisierung der Weltwirtschaft bedeutet den Verzicht auf die weitere Verbrennung von fossilen Energieträgern, einschließlich der Verstromung von Kohle.

Wir dokumentieren nachfolgend Auszüge aus der Erklärung zum Klimawandel:

„Klimawandel, Energie, Umwelt

Klimawandel

Wie aus dem Fünften Sachstandsbericht des IPCC hervorgeht, besteht dringender und konkreter Handlungsbedarf, um den Klimawandel zu bekämpfen. Wir bekräftigen unsere feste Entschlossenheit, im Rahmen der Klimakonferenz im Dezember dieses Jahres in Paris (COP21) ein Protokoll, eine andere rechtliche Übereinkunft oder ein vereinbartes Ergebnis mit rechtlicher Wirkung unter dem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (UNFCCC) zu erzielen, was für alle Vertragsparteien gelten soll und ambitioniert, tragfähig und alles umfassend ist, und sich entwickelnde nationale Gegebenheiten spiegelt.

Das Übereinkommen soll Transparenz und Rechenschaftspflicht stärken unter anderem durch verbindliche Regeln in seinem Kern, um die Fortschritte bei der Erfüllung der Ziele zu überprüfen, wodurch auf Dauer gesteigerte Ambition gefördert würde. Dadurch sollten alle Länder in die Lage versetzt werden, im Einklang mit dem globalen Ziel, den Anstieg der weltweiten Durchschnittstemperatur unter 2° Celsius zu halten, einen kohlenstoffarmen und belastbaren Entwicklungspfad einzuschlagen.

In Anbetracht dieses Ziels und eingedenk der aktuellen Ergebnisse des IPCC betonen wir, dass tiefe Einschnitte bei den weltweiten Treibhausgasemissionen erforderlich sind, einhergehend mit einer Dekarbonisierung der Weltwirtschaft im Laufe dieses Jahrhunderts. Entsprechend unterstützen wir als gemeinsame Vision für ein weltweites Ziel zur Verringerung von Treibhausgasemissionen, gemeinsam mit allen Vertragsparteien des UNFCCC, Treibhausgase bis 2050 im Vergleich zu 2010 entsprechend dem oberen Ende der jüngsten IPCC-Empfehlungen von 40 bis 70 % zu reduzieren; hierbei erkennen wir an, dass diese Herausforderung nur durch eine globale Herangehensweise gemeistert werden kann. Wir verpflichten uns, unseren Teil dazu beizutragen, langfristig eine kohlenstoffarme Weltwirtschaft zu erreichen, auch durch die Entwicklung und

den Einsatz innovativer Technologien, und streben bis 2050 einen Umbau der Energiewirtschaft an; wir laden alle Länder ein, sich uns in diesem Unterfangen anzuschließen. Wir verpflichten uns zu diesem Zweck ferner zur Entwicklung langfristiger nationaler kohlenstoffarmer Strategien. (...)

Nationales Klimaschutzziel: 40 % CO2 Minderung in 2020 gegenüber 1990

Das „-40 Prozent- Klimaziel“ der Bundesregierung bedeutet für Deutschland, dass die CO2-Emissionen bereits im Jahr 2020 um 40 Prozent niedriger sein sollen als im Jahr 1990.

1990 lagen die CO2-Emissionen bei ca. 1250 Mio. Tonnen CO2. Im Jahr 2020 sollen sie noch 750 Mio. Tonnen CO2 betragen.

Siehe dazu nachfolgendes Schaubild des Bundesumweltamtes:

Für 2014 hat das Umweltbundesamt am 03.06.2015 eine

treibhausgas emmissionen D

„Zeitnahschätzung“ abgegeben

demnach die CO2-Emissionen 2014 bei 912 Mio. Tonnen lagen.

Die Energiewirtschaft hatte daran einen Anteil von 356.6 Mio. Tonnen CO2, der im Wesentlichen aus der (Braun-) Kohleverstromung heraus resultiert. (Download: [Emissionen ausgewählter Treibhausgase nach Quellkategorien, Umweltbundesamt 2015](#))

162 Mio. Tonnen CO2 müssen in Deutschland bis 2020 eingespart werden

Will Deutschland das selbst gesetzte Klimaziel für 2020 erreichen, müssen von heute an noch ca. 162 Millionen Tonnen CO2 eingespart werden, d.h. ca. 18 % der derzeitigen Gesamt- CO2-Emissionen.

Dies wird nur möglich sein, wenn es in allen Emissionsbereichen – auch bei der Kohleverstromung (und insbesondere bei der Braunkohleverstromung) die derzeit ca. 39 % der CO2-Emissionen in Deutschland ausmacht – entsprechende Reduzierungen gibt.

G-7-Beschlüsse müssen auch in der Lausitz umgesetzt werden

Das heißt, dass die Beschlüsse von Elmau auch in der Lausitz und in anderen Braunkohlerevieren umgesetzt werden müssen, will Deutschland seine Klimaziele erreichen und damit auch eine Vorbildfunktion für die anstehenden Verhandlungen über einen neuen Weltklimavertrag glaubwürdig wahrnehmen.

Dies erfordert dann auch (kurz- und mittelfristig) entsprechende rechtzeitige Strukturanpassungsmaßnahmen, unter aktiver Beteiligung der Arbeitnehmervertretungen – bevor institutionelle Investoren durch ihren Ausstieg aus dem Kohleinvestment die Kohleunternehmen und ihre Beschäftigten vor vollendete Tatsachen stellen.

IG BCE und BDI-Studie zur CO2-Reduzierung im Stromsektor

Die IG BCE und der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) haben Anfang Juni eine Studie zur CO2-Reduzierung des Stromsektors vorgestellt. Die Teilstudien wurden von der Beratungsfirma Frontier Economics erarbeitet.

Downloads:

[Vergleichsstudie, Synopse](#)

[Vergleichsstudie KWK, Kurzpapier](#)

[Vergleichsstudie Klimaschutzreserve](#)

[Vergleichsstudie Klimaschutzinstrumente](#)

[Vergleichsstudie Bewertung Klimabeitrag](#)

Nachfolgend Auszüge aus der Medieninformation der IG BCE

„Eine Klimaschutzreserve und der stärkere Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung können das Klima effektiver und sozialverträglicher schützen als der vom Bundeswirtschaftsministerium vorgeschlagene Klimabeitrag von Kohlekraftwerken.“ (...)

Die Gutachter haben ausgerechnet, dass das politische Minderungsziel um weitere 22 Millionen Tonnen CO2 durch alternative Maßnahmen zu Kosten von rund 1,1 Milliarden Euro im Jahr 2020 möglich wäre. Dagegen würde der Klimabeitrag des Ministeriums für die Verbraucher Mehrkosten von 4,3 Milliarden Euro 2020 bedeuten – und wäre damit fast viermal so teuer. Die Maßnahmen, eine Kapazitätsreserve für Versorgungssicherheit und Klimaschutz einzuführen sowie die Kraft-Wärme-Kopplung stärker auszubauen, hatte die IG BCE vorgeschlagen.

„Die Ergebnisse zeigen, dass effektiver Klimaschutz Verbraucher und Wirtschaft nicht unnötig belasten muss“, sagte BDI-Präsident Ulrich Grillo. „Die Umsetzung der Vorschläge der IG BCE verhindert, anders als der Klimabeitrag, kostspielige Strukturbrüche und den Abbau von Arbeitsplätzen.“

„Unsere Vorschläge sorgen für Transparenz und Planungssicherheit für die Beschäftigten, die Unternehmen und die Regionen“, unterstrich Michael Vassiliadis, Vorsitzender der IG BCE. Das stehe nicht im Widerspruch, sondern sei eine Bedingung für nachhaltigen Klimaschutz. „Ziel muss sein, CO₂-Emissionen möglichst effektiv, kosteneffizient und sozialverträglich für Beschäftigte wie Industrie zu senken.“

Der Klimabeitrag selbst ist laut Gutachten nicht als Instrument geeignet – weder aus ökonomischer noch aus ordnungspolitischer Sicht.

„Der Klimabeitrag würde Investoren verunsichern und zum dauerhaften Störfaktor des Europäischen Emissionshandels“, kritisierte Grillo.

„Die gegenwärtig ohnehin nur geringe Investitionsbereitschaft würde ganz erheblich geschmälert und Zukunftschancen verringern“, warnte Vassiliadis.

Studie zur effektiven CO₂-Minderung im Stromsektor

Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin), die Heinrich-Böll-Stiftung und die European Climate Foundation, hatten eine Studie unter dem Titel: „Effektive CO₂-Minderung im Stromsektor: Klima-, Preis und Beschäftigungseffekte des Klimabeitrags und alternative Instrumente“ am 23. Juni vorgelegt ([Download](#)).

„Mit dem von der Bundesregierung vorgeschlagenen Klimabeitrag lassen sich die CO₂-Emissionen im Stromsektor bis zum Jahr 2020 soweit senken, dass das von der Bundesregierung gesetzte 40-Prozent-Klimaschutzziel erreicht werden kann. Im Vergleich zu anderen derzeit diskutierten Optionen ist er die kostengünstigere und effektivere Variante. Der Klimabeitrag bietet Chancen für den wirtschaftlichen Strukturwandel und Beschäftigung. Der aktuelle kommunizierte Vorschlag der Reduktion von Braunkohlekraftwerken um 2,7 GW bleibt weit hinter dem von der IG BCE erarbeiteten Alternativvorschlag zurück, ist sehr teuer und leistet keinen Beitrag für den Klimaschutz.“

„Mit der Einführung eines Klimabeitrags könnte der Stromsektor endlich die Vorreiterrolle im Klimaschutz einnehmen, für die er mit seinen attraktiven Alternativen prädestiniert ist“, sagte die Energieexpertin des DIW Berlin, Claudia Kemfert.

Die Berechnungen des DIW Berlin zeigen, dass die Auswirkungen des Klimabeitrags auf den Strompreis gering wären. Für private Haushalte läge die Mehrbelastung bei weniger als 0,2 Cent/kWh; große Industrieverbraucher hätten Strompreissteigerungen von knapp 0,3 Cent/kWh zu erwarten. Das Strompreinsniveau liegt jedoch auch bei Einführung des Klimabeitrags unterhalb der Großhandelspreise der Jahre 2010-2013. Eine Abwanderung energieintensiver Industrie aufgrund steigender Strompreise ist deshalb nicht zu erwarten. Insgesamt würden die deutschen Energieversorger mit etwa 450 Millionen Euro im Jahr 2020 von dem leichten Preisanstieg auf der Erzeugungsebene profitieren – insbesondere modernere Steinkohlekraftwerke, die ihre Produktion steigern, aber auch Gaskraftwerke.

Durch die Einführung des Klimabeitrags sind nur geringfügige Arbeitsplatzverluste in der Kohlewirtschaft zu befürchten, da Kraftwerke nicht stillgelegt werden, sondern im Wesentlichen ihre Auslastung reduzieren müssen.“ (Presseerklärung des DIW vom 24. Juni 2015)

Sachverständigenrat für Umweltfragen: Klimaschutzlücke von 90 Mio. Tonnen CO₂

Der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU), der die Bundesregierung seit über 40 Jahren in Fragen der Umweltpolitik berät, hat am 29.06.2015 in einer Presseerklärung seine „10 Thesen zur Zukunft der Kohle bis 2040“ erläutert.

Der SRU fordert die Bundesregierung auf „jetzt einen Fahrplan für den schrittweisen Ausstieg aus der Kohleverstromung bis 2040 zu entwickeln“, so der Vorsitzende des Sachverständigenrates, Prof. Dr. Martin Faulstich. „Das würde auch zeigen, dass die Bundesregierung die Beschlüsse des G7-Gipfels und die neue Enzyklika des Papstes ernst nimmt.“ (...)

„Die internationale Klimakonferenz in Paris im Dezember 2015 kann nur erfolgreich werden, wenn Länder wie Deutschland den Umbau der Energieversorgung glaubwürdig vorleben. Deutschland hat sich mit der Energiewende die richtigen Ziele für 2020 bis 2050 gesetzt. Es fehlt aber eine daraus abgeleitete Perspektive für den Verzicht auf die Kohleverstromung.“

Der Projektionsbericht 2015 und das Klimaschutzprogramm 2020 (siehe dazu [QFC-StAU-CSR-Info 41](#)) identifizieren eine 'Klimaschutzlücke' von ca. 90 Mio. Tonnen Kohlendioxid, um das 40 %-Ziel zu erreichen.“ (Pressemitteilung des SRU 29.05.2015)

Koalitionsausschuss beschließt Eckpunkte der künftigen Energiepolitik

Der Koalitionsausschuss legte am 1. Juli Eckpunkte der zukünftigen Energiepolitik fest. ([das Eckpunktepapier](#)) Diese Eckpunkte beinhalten u. a., dass Braunkohlekraftwerke mit einer Leistung von 2.7 Gigawatt vom Netz genommen und als Reserve vorbehalten werden sollen (dies entspricht 5 größeren Braunkohlekraftwerken), des weiteren wurden Maßnahmen für die effiziente und klimafreundliche Kraft-Wärme-Koppelung, für einen bürgerfreundlichen Netzausbau und einen sicheren

Ausstieg aus der Kernenergie beschlossen.

Die Klimaabgabe für Kohlekraftwerke, die vor allem ältere Kohlekraftwerke getroffen hätte und gegen die auch die IG BCE mobilisiert hatte, wurde fallen gelassen. Mit der Klimaabgabe wollte der Bundeswirtschaftsminister zusätzlich 22 Millionen Tonnen CO₂-Emissionen im Energiebereich reduzieren.

Die nun beschlossene Alternative zur Einführung des Klimabeitrags ist aus nachfolgender Tabelle mit den Einzelmaßnahmen und dem erwarteten Minderungsbeitrag zu ersehen:

IG BCE zu den Eckpunkten

Energiewende: Gute

Weichenstellung

Tabelle Maßnahmen

„Die IG BCE begrüßt die energiepolitischen Entscheidungen der Koalitionsspitzen. Der IG BCE-Vorsitzende Michal Vassiliadis erklärte dazu: „Nach einer langen und strittigen Debatte ist es gelungen, tragfähige Lösungen zu finden, die gut sind für das Klima, die Arbeitsplätze und die industriellen Standorte. Sie verbinden die Klima-Ziele der Bundesregierung mit ökonomischer Vernunft und sozialer Verantwortung. Das ist ausgewogen und verdient Respekt und Unterstützung.“

(IG BCE Medieninformation, 2. Juli 2015)

Sechs Ölkonzerne fordern weltweites Preissystem für CO₂

Dass es bezüglich Kosten und Preise von CO₂ auch innerhalb des Energiebereiches recht unterschiedliche Bewertungen gibt, skizziert nachfolgend die Meldung des Business & Human Rights Resource Center und Euractiv

„Sechs große europäische Öl- und Gaskonzerne haben ein weltweites Preissystem für das klimaschädliche Kohlendioxid gefordert. Dies sei eine „umsetzbare und realistische“ Methode, um die CO₂-Emissionen zu verringern, erklärten am Montag die Unternehmen, Shell, BP und BG Group aus Großbritannien, Total aus Frankreich, Statoil aus Norwegen und Eni aus Italien. Sie riefen „alle Staaten der Welt und die UNO auf, ein solches Preissystem einzuführen.“

Die sechs Konzerne erklärten, die Staaten müssten „transparente, stabile und ehrgeizige Regeln“ festlegen. Ziel müsse es sein, Unsicherheiten zu verringern und die wirtschaftlich sinnvollsten Mechanismen zu fördern, um die Kohlendioxidemissionen weltweit zu senken. Sie schickten ihren Aufruf an UN-Klimachefin **Christina Figueres** und an den Vorsitzenden der Klimakonferenz von Paris im Dezember, den französischen Außenminister **Laurent Fabius**.

Der Chef von Total, **Patrick Pouyanné**, sagte vor Journalisten in Paris, die Branche stehe vor einer komplexen Gleichung: mehr Energie zu liefern und dabei weniger CO₂ freizusetzen. „Wir sind bereit, unsere Rolle zu spielen und diese Herausforderung anzunehmen.“ Ein Preissystem für CO₂ würde dazu beitragen, alle Kohlekraftwerke in Europa durch Gaskraftwerke zu ersetzen, sagte Pouyanné. Damit Gas im Wettbewerb gegen Kohle bestehen könne, müsse die Tonne Treibhausgas „um die 40 Dollar kosten“, und nicht sieben wie heute, sagte der Total-Chef. Würden auch noch die Kosten für die Einlagerung von CO₂ berechnet, müsste eine Tonne Treibhausgas sogar 80 bis 100 Dollar kosten.“(siehe dazu :<http://www.euractiv.de/sections/energie-und-umwelt/klimaschutz-sechs-oelkonzerne-fordern-weltweites-preissystem-fuer-co2>)

Norwegisches Parlament beschließt Ausstieg aus Kohle-Investment

Anfang Juni ist das „Storting“, das Norwegische Parlament, einer Empfehlung des Finanzausschusses nachgekommen und beschloss, dass der Norwegische Pensionsfond (Government Pension Fund Global – GPF) sein Investment in Energie- und Bergbauunternehmen überprüfen muss.

Konkret bedeutet der Parlamentsbeschluss, dass der Pensionsfond sich aus Unternehmen zurückziehen muss, bei denen das Geschäft mit Kohle mehr als 30 % des Umsatzes, bzw. des Gewinns ausmacht. (siehe dazu:

<https://www.stortinget.no/en/In-English/About-the-Storting/News-archive/Front-page-news/2014-2015/hj9/>)

Der norwegische Staatsfond finanziert sich aus den Einnahmen der norwegischen Ölförderung. Er ist mit ca. 800 Milliarden Euro der größte Staatsfond der Erde und besitzt 1.3 % des weltweiten Aktienkapitals und 2.5 % aller Europäischen Aktiengesellschaften.

(<http://www.nbim.no/en/the-fund/>)

Der Parlamentbeschluss wird Auswirkungen auf ca. 50 bis 75 multinationale Unternehmen haben, an denen der Pensionsfond Anteile besitzt. Nach verschiedenen Meldungen wären unter den Unternehmen auch mindestens zwei deutsche Energieunternehmen: RWE und E.On.

Rockefeller Fund steigt aus Kohle- und Ölsand-Unternehmen aus

Der Rockefeller Brother Fund wurde 1940, von den gleichnamigen Gründern von Standard Oil, dem lange Zeit größten Ölkonzern der Welt, gegründet. Im September vergangenen Jahres hat er beschlossen, aus seinem Investment in Unternehmen aus dem Bereich fossile Brennstoffe auszusteigen. In einem ersten betrifft dies zunächst alle Beteiligungen an Kohle- und Ölsand-Unternehmen.

(siehe dazu: <http://www.rbf.org/content/divestment-statement>)

Versicherungs-Multi AXA steigt bis Ende 2015 aus Kohleunternehmen aus

Der Vorstandsvorsitzende des Versicherungskonzerns AXA, Henri de Castries, erklärte Ende Mai 2015, dass AXA einen Beitrag zum Kampf gegen die Klimaerwärmung leisten wird und sich von seinen Investitionen in Kohleunternehmen (Minen und Energieunternehmen die überwiegend Kohle verstromen) trennen wird. Kohle wird als Investitionsrisiko betrachtet, deshalb wird sich AXA bis Ende 2015 von Beteiligungen an Kohle-Unternehmen in Höhe von 500 Millionen Euro trennen. Gleichzeitig sollen die Beteiligungen in „grünem Investment“ auf 3 Milliarden Euro verdreifacht werden.

(siehe dazu: <http://www.argusdelassurance.com/acteurs/climat-axa-s-engage-a-tripler-ses-investissements-verts-d-ici-2020.93808>)

Umweltenzyklika „Laudato si – Über die Sorge für das gemeinsame Haus“

Das Oberhaupt der katholischen Kirche (mit ca. 1.2 Milliarden Mitgliedern), Papst Franziskus, hat sich in seiner Umweltenzyklika (vom 18. Juni 2015) „Laudato si – Über die Sorge für das gemeinsame Haus“ zu Fragen der Gerechtigkeit, der Solidarität und des Klimawandels geäußert.

Das Klima ist ein gemeinschaftliches Gut von allen für alle

(Papst Franziskus, Enzyklika Laudato si, 2015, S. 10)

Papst Franziskus kritisiert in seinen Äußerungen zum Klimawandel auch deutlich den Einsatz fossiler Brennstoffe und explizit auch die Kohleverbrennung:

26.

„Viele von denen, die mehr Ressourcen und ökonomische oder politische Macht besitzen, scheinen sich vor allem darauf zu konzentrieren, die Probleme zu verschleiern oder ihre Symptome zu verbergen, und sie versuchen nur, einige negative Auswirkungen des Klimawandels zu reduzieren. Viele Symptome zeigen aber an, dass diese Wirkungen jedes Mal schlimmer sein können, wenn wir mit den gegenwärtigen Produktionsmodellen und Konsumgewohnheiten fortfahren. Darum ist es dringend geboten, politische Programme zu entwickeln, um in den kommenden Jahren den Ausstoß von Kohlendioxid und anderen stark verunreinigenden Gasen drastisch zu reduzieren, zum Beispiel indem man die Verbrennung von fossilem Kraftstoff ersetzt und Quellen erneuerbarer Energie entwickelt.“

(Enzyklika Laudato si, S.11 f)

165.

„Wir wissen, dass die Technologie, die auf der sehr umweltschädlichen Verbrennung von fossilem Kraftstoff – vor allem von Kohle, aber auch von Erdöl und, in geringerem Maße, Gas – beruht, fortschreitend und unverzüglich ersetzt werden muss. Solange es keine weit reichende Entwicklung erneuerbarer Energien gibt, die bereits im Gang sein müsste, ist es legitim, für das geringere Übel zu optieren oder auf Übergangslösungen zurückzugreifen.“

(Enzyklika Laudato si S.70)

Deutschland: Schlechtes oder Gutes Vorbild im Kampf gegen den Klimawandel ?

Will Deutschland seine Klimaziele erreichen, werden alle einzelnen Treibhausgasemittenten (z.B. Energiewirtschaft, Verkehr, Industrie und Gewerbe, Haushalte, Landwirtschaft) ihren Minderungsbeitrag leisten müssen, um die noch ausstehenden 162 Millionen Tonnen CO2 bis 2020 einzusparen.

Interessensgruppen- und Lobbyorganisationen, Unternehmensverbände und Gewerkschaften, Unternehmen und Politik werden sich bis zur Weltklimakonferenz in Paris ,und auch darüber hinaus, daran messen lassen müssen, welche konkreten Beiträge sie verbindlich leisten wollen, damit sich Deutschland als ein Vorbild bei der Senkung der Treibhausgasemissionen und im Kampf gegen den weltweiten Klimawandel präsentieren kann – als schlechtes, oder besser als ein gutes Vorbild.

.....
mehr Neuigkeiten von QFC
.....

Redaktion

verantwortl.: Helmut Krodel, Peter Schmitt
Onlineredaktion: Reiner Eckel

Herausgeber

Qualifizierungsförderwerk Chemie GmbH

Stiftung Arbeit und Umwelt